REGION

BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Nach 13 ereignisreichen Jahren verlässt Jürg Degen den Landrat

Baselland, Seite 31

Theater um die Millionen des Kantons

Subventionen Erstmals sagt die Basler Regierung, wo sie die Mehrausgaben für die Kaserne einsparen will: Beim Theater Basel

Alle wollen an die Honigtöpfe des Kantons: Eine Choreografie am Theater Basel. KEY

VON BENJAMIN ROSCH

Nun ist es raus. Zumindest ein bisschen. Das von Regierungspräsident Guy Morin geführte Präsidialdepartement will zugunsten der Kaserne beim Theater Basel sparen. Dies geht aus einem gestern veröffentlichten Ratschlag der grossrätlichen Bildungs- und Kulturkommission (BKK) hervor. Dort wird die Regierung mit folgenden Worten zitiert: «Der Regierungsrat plant die Beitragserhöhung an die Kulturwerkstatt Kaserne ab der Spielzeit 2019/20 teilweise beim Theater Basel zu kompensieren».

Dass die Regierung der Kaserne in den nächsten Jahren stärker unter die Arme greifen will, war bekannt. Schon ab nächstem Jahr sollen die Subventionen um 100 000 Franken, in den darauffolgenden drei Jahren um jeweils eine halbe Million erhöht werden. Macht zusammen die eingangs erwähnten 1,6 Millionen. Klar war auch, dass andere Kulturinstitutionen deswegen werden bluten müssen. Dies schreckte die politische Organisation «Kulturstadt jetzt» auf. Mitglied und FDP-Grossrat Christian Moesch befürchtete, dass kleinere Einrichtungen vom Aderlass betroffen sein werden. Mittels Interpellation forderte Moesch deshalb die Regierung auf, die zu kompensierenden Einsparnisse offenzulegen. Denn auf die Anfrage der BKK hatte Morin erst nicht reagiert. Der Bericht wurde gar verabschiedet, ohne dass die BKK wusste, wo gespart werden soll.

«Wie die genauen Auswirkungen aussehen werden, kann man jetzt noch nicht sagen.
Guy Morin, Basler Regierungspräsident

Die entscheidende Frage wurde deshalb erst im Nachtrag behandelt: «In der Folge diskutierte die BKK, wie sie mit dieser zusätzlichen Information umgehen will, und fasste dazu die folgenden Beschlüsse: Ein Rückkommensantrag wurde mit 7 gegen 4 Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt. Die Kommission scheint gespaltener denn je.

Wie einschneidend die Einsparungen für das Theater Basel sein werden, wird indes nicht deutlich. Schlüsselwort im entscheidenden Satz: teilweise. «Wie die genauen Auswirkungen ab Spielzeit 2018/19 aussehen werden, kann man jetzt noch nicht sagen. Das ist auch abhängig von anderen Einflüssen, etwa dem Kanton Baselland», sagt Regierungspräsident Morin. Die Höhe des Anteils an Einsparungen, die das Theater Basel tragen muss, will er nicht beziffern. Christian Moesch ist nicht zufrieden mit dem Statement der Regierung. Er sagt: «Diese Aussage ist diffus. Ich hoffe, dass die Regierung die Einsparungen in der Antwort auf meine Anfrage klarer kommuniziert.»

Ebenfalls ausstehend ist eine Reaktion des Theaters. Der Regierungsrat hat die Verantwortlichen aber in Kenntnis über sein Vorhaben gesetzt: «Der Verwaltungsratsdirektor des Theaters Basel ist informiert», sagt Morin. Für die bz war gestern aber niemand für eine Stellungnahme zu erreichen. Das letzte Wort darüber wird der Basler Grosse Rat haben.

Ungleich hohe Subventionen

Das Theater Basel erhält aktuell rund 40 Millionen Franken Subventionen vom Kanton Basel-Stadt. Im vergangenen Jahr hat die Basler Regierung versprochen, die von Baselland eingesparte Million zu ersetzen. Damals hatte sich Intendant Andreas Beck dezidiert gegen die Sparpläne aus dem Baselbiet geäussert: «Wenn das Tafelsilber einmal zerschlagen ist, ist es weg.»

Die Kleinbasler Kaserne hingegen bezieht – selbstverständlich bei einem deutlich kleineren Aufwand – Unterstützungsgelder in der Höhe von zwei Millionen.

IT'S THE ECONOMY, STUPID Petra Huth über die Baselbieter Energieabgabe

Über die Wirksamkeit breiter Allianzen

Am 27. November entscheidet das Baselbieter Stimmvolk über die Energieabgabe, die den Verbrauch von Öl und Gas um maximal 0,5 Rappen pro Kilowattstunde verteuert. Sie finanziert die Aufstockung und die Ausdehnung des kantonalen Förderpakets für erneuerbare Energien. Die Förderung wird neu auf Gewerbe und Industrie ausgedehnt. Interessant ist, dass sie von einer breiten Allianz getragen wird, vom Hauseigentümerverband bis zur Wirtschaftskammer und zu fast allen Parteien.

Petra Huth
Die Autorin ist Journalistin und Publizistin. Sie lebt in Anwil im Oberbaselbiet.

Warum so viel Einigkeit? Wirtschaftspolitik besteht aus allen Massnahmen, mit denen der Staat gestaltend in die Wirtschaft eingreift, um gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Dazu gehören hoher Beschäftigungsstand, stabiles Preisniveau, aussenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes Wirtschaftswachstum, gerechte Einkommensverteilung und Umweltschutz. Weil die Ziele nur schwer vereinbar sind, drehen sich fast alle parteipolitischen Auseinandersetzungen um ihre Gewichtung. Der Bürger verliert da schon mal den Überblick, wo seine Partei gerade steht und warum.

Die Baselbieter Energieabgabe ist ein Resultat der parteipolitischen Annäherung im Zielkonflikt zwischen Klima- und Umweltschutz und dem Wirtschaftswachstum. Baselland zielt mit seiner Förderpolitik auf höhere Energieeffizienz, aber auch auf Frühstarter-Vorteile: Je schneller die Wirtschaft finanzielle Anreize zur Anwendung erneuerbarer Energien bekommt, desto eher wird sie investieren und kann ihren technologischen Erfahrungsvorsprung auf dem Markt nutzen. Umweltpolitik kann also Wirtschaftswachstum fördern, umgekehrt braucht Wirtschaftswachstum eine intakte Umwelt.

Das Baselbieter Stimmvolk gewichtet das Ziel ebenfalls hoch. Es will den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 40 Prozent steigern. Ordnungspolitisch ist eine Abgabe auf Öl und Gas ein gutes Mittel, um rasch ans Ziel zu kommen – und liberaler als Auflagen oder Verbote. Ökonomisch besteht vor allem das Risiko, dass sie kompromissbedingt zu niedrig angesetzt wurde, sodass die Lenkung verpufft. Ist sie zu hoch, belastet sie die Haushalte zu stark. Weiter sollte die Energieabgabe für alle Steuerzahler gleich gelten, zeitlich befristet sein und keine Umgehung oder hohe Abwicklungskosten auslösen.

Die Regelung für Unternehmen, von der Abgabe ausgenommen zu werden, wenn sie eine Zielvereinbarung mit dem Kanton eingehen, ist administrativ schwierig, setzt aber die Gleichbehandlung durch. Die Abgabe ist befristet und ihre Abwicklung wird unter dem wachsamen Auge des Souveräns ausgeschrieben. Den Ölverbrauch selbst zu deklarieren, ist riskant. Wir könnten betrügen. Das Potenzial unserer Eigenverantwortung zu nutzen, ist dennoch richtig. In der Bilanz ist das ein mutiges und finanzierbares Stück Realpolitik, das den Strukturwandel nutzt, statt ihn zu verpassen.

Übrigens, weil breite Allianzen wenig Profilierung zulassen, besteht wenig Gefahr, dass sie zum Allheilmittel werden. Schaut man sich den weltweit zunehmenden Trend zu einfachen Lösungen an, darf man aber die Leistungen dieser Art Politkultur durchaus einmal würdigen.

BZ HEUTE

SBB-Pilotversuch
Neue Videoberatung am Bahnhof Frenkendorf

Während eines sechsmonatigen Pilotversuchs werden die SBB am Bahnhof Frenkendorf-Füllinsdorf eine Videoberatung testen. Laut Mitteilung des Bahnunternehmens können sich Kundinnen und Kunden per Knopfdruck mit dem «SBB Contact Center» verbinden und beraten lassen. Der Test hat gestern begonnen und stellt zusammen mit identischen Anlagen an den Bahnhöfen Brig und St. Gallen eine schweizweite Premiere dar. Ein viertes Gerät ist am Bahnhof Netstal vorgesehen. Die Videoberatung steht an Werktagen von 10 bis 20 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen von 12 bis 20 Uhr zur Verfügung. (BZ)

Basler Parlament
Kommission begrüsst längere Weihnachtsferien

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rats hat sich einstimmig für die Verlängerung der Weihnachtsferien auf zwei Wochen an den Basler Schulen ausgesprochen. Sie folgt damit dem Regierungsrat, der die Verlängerung beantragt hat. Mit der Einführung von generell zwei Wochen Weihnachtsferien verfolgt der Regierungsrat mehrere Ziele, etwa weniger freie Tage ausserhalb der Ferien. Das wird erreicht, indem Fortbildungen künftig in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden müssen. Weitere Ziele sind die Ablösung der Ferienkonti für Lehrer und eine Entlastung der Klassenleitungsfunktionen. (BZ)